

NEWSLETTER Nr. 68 / 2026

- Editorial S. 1
- 16. Jahrestagung der PKM „Die vergessenen Kinder“: alle Informationen, finales Programm und Anmeldung S. 2
- Ein Jahr Autismuszentrum Sonnenschein in Wiener Neustadt S. 3
- Stress, Armut, Überforderung: Frühe Hilfen stabilisieren tausende Familien S. 4
- **Einsichten der Lobby4Kids: Würde. Macht. Hoffnung: die Menschenrechtskonferenz** S. 6
- Gefährdung des Kindeswohls am Beispiel des Wiener Amtes für Jugend und Familie S. 8
- Empfehlungen: Buch „Kinder im Autismus-Spektrum durch Spielen fördern“ S. 11

Editorial



© IfGP

Wie allgemein bekannt und in den Medien nahezu täglich kommuniziert, steht unser Gesundheitssystem aus mehrererlei Gründen unter wachsendem Reformdruck. Dabei gäbe es zahlreiche kurz-, mittel- und langfristige Reformoptionen, die auch budgetwirksam wären, wenn man sie denn effizient umsetzen würde, siehe z.B.

[Fiskalrat - Reformoptionen zur Sicherung der nachhaltigen Finanzierbarkeit des österreichischen Gesundheitssystems.](#)

Medienberichten zu Folge geht aber nur sehr wenig weiter, da sich die verschiedenen Interessensgruppen wieder mal gegenseitig blockieren. Zu hoffen ist jedenfalls, dass die Kinder- und Jugendgesundheit bei allen Reformbemühungen nicht vergessen wird.

Unfair wäre es zu behaupten, dass in den letzten 15 Jahren in Österreich nichts für die Kinder- und Jugendgesundheit getan worden wäre. Zwei Beiträge in diesem Newsletter bezeugen das Gegenteil. Allerdings: Diese und andere neue Angebote wie „Gesund aus der Krise“, die Kinder-Primärversorgungszentren, die Spezialambulatorien, das „Home Treatment“ der Kinder- und Jugendpsychiatrie und andere decken aber leider noch immer nicht den tatsächlichen Bedarf ab, siehe z.B. die Darstellung der Kinderärztin Nicole Grois im letzten PKM-Newsletter Nr. 67/2026 oder den ORF-Beitrag [Kinder- und Jugendpsychiatrie: Viele Probleme, wenig Ressourcen - news.ORF.at.](#)

Deshalb heißt es für alle, die sich für die Kinder- und Jugendgesundheit engagieren: Bitte dranbleiben! Die gesundheitliche Unterversorgung bestimmter Gruppen von Kindern hat sich nämlich durch die wachsende Zahl an Kindern mit Entwicklungsstörungen, v.a. im sozial-emotionalen und sprachlichen Bereich, und an Jugendlichen mit psychiatrischen Zustandsbildern verschärft. Noch immer weisen die Versorgungsketten mehrere, wenn nicht zahlreiche Bruchstellen auf. Zudem wandern immer mehr frisch ausgebildete Fachärzt:innen für Kinder- und Jugendheilkunde in das Wahl- und Privatarztsystem ab. Und bei öffentlich finanzierten funktionellen Therapien heißt es nach wie vor häufig: Bitte warten!

Dabei hätten frühe und effizient durchgeführte Interventionen in der Regel einen hohen „Return of Investment“ – häufig deutlich höher als Interventionen im Erwachsenenalter. Besonders hohe Renditen entstehen bei Interventionen im Kleinkind- und Vorschulalter sowie bei zielgruppenorientierten Angeboten, z.B. für sozial benachteiligte Kinder. Allerdings sind diese in der Regel erst langfristig budgetwirksam. Deshalb bitte ein bisschen vorausschauender denken!

Denn nicht nur die Kinder brauchen unsere Unterstützung, sondern auch die Gesellschaft braucht diese Kinder, und zwar als erfolgreich Tätige in Berufen, die auch in 15 Jahren noch systemrelevant sein werden.

In diesem Sinne freue ich mich, dass ich als neue ehrenamtliche Herausgeberin des PKM-Newsletters – mit Unterstützung von Rudolf Püspök – einen kleinen Teil dazu beitragen darf, mich für Kinder und Jugendliche und deren gesundheitliche Belange einzusetzen.

Rosemarie Felder-Puig
Herausgeberin



16. Jahrestagung der Politischen Kindermedizin

gemeinsam mit
 KH Barmherzige Brüder Linz, Institut f. Sinnes- und Sprachneurologie
 Österreichische Gesellschaft für Kinder- und Jugendheilkunde (ÖGKJ)
 Österreichische Gesellschaft für Kinder- und Jugendpsychiatrie (ÖGKJP)
 Heilpädagogische Gesellschaft Oberösterreich

Die Vergessenen Kinder Deprivation vorbeugen: sichtbar machen und stärken



Zeichnung von Prof. Johannes Fellingner

6. – 7.11.2026

Linz, KH Barmherzige Brüder

Die 16. Jahrestagung widmet sich Kindern, die aufgrund medizinischer, sozialer oder kommunikativer Barrieren oft unsichtbar bleiben und ein erhöhtes Risiko für Deprivation tragen. Im Mittelpunkt steht die Frage, wie es gelingen kann, dass Kinder nicht „verloren gehen“, wie wir durch eine Stärkung der Familien deren Potenziale fördern können und warum es dazu neuer gemeinsamer Wege bedarf. Ziel des Kongresses ist es, konkrete Handlungsschritte zu entwickeln, die durch den Austausch von Fachleuten und Entscheidungsträger:innen eine nachhaltige Verbesserung der Lebensbedingungen dieser Kinder bewirken.

Das finale Programm für die Tagung sowie Informationen zum Veranstaltungsort und zum Abendprogramm stehen nun unter www.bblinz.at/pkm2026 zur Verfügung. Über diesen Link erfolgt auch die Anmeldung zur Tagung.

Hotelzimmer sind gesondert zu buchen, es wurden Kontingente in Hotels nahe dem Veranstaltungsort reserviert, Adressen siehe Anmeldeseite.



Für die Teilnahme an der Jahrestagung werden DFP-Punkte beantragt

Ein Jahr Autismuszentrum Sonnenschein in Wiener Neustadt!



Sonja Gobara

Im März 2025 konnten wir den Betrieb im Autismuszentrum Wiener Neustadt nach unserem Konzept der intensiven Therapie (2- bis 3-mal wöchentlich ambulant und aufsuchend zu Hause in der Familie sowie im Kindergarten) aufnehmen. Insgesamt haben wir 64 Kinder von März bis Dezember 2025 nach diesem Konzept der frühen, intensiven Intervention betreut.

Die Patient:innen kommen aus den Bezirken Wr. Neustadt, Wr. Neustadt Land und Neunkirchen. 45 Kinder erhielten eine fachärztliche und/oder klinisch-psychologische Diagnostik im Zentrum. Die meisten Patient:innen sind unter sechs Jahre alt. 17 Kinder sind im Alter von null bis drei Jahren.

Bei 20 Patient:innen wurde die Autismusdiagnose bestätigt, bei 15 wurde sie nicht bestätigt und bei neun Patient:innen war die Diagnostik Ende 2025 noch nicht abgeschlossen. Bei einem Kind wurde die Diagnostik abgebrochen. 26 Patient:innen wurden nach dem diagnostischen Prozess in intensive Therapie aufgenommen. Die Geschlechterverteilung entspricht mit fünf Mädchen und 21 Burschen der Epidemiologie (1:4 für den frühkindlichen Autismus).

In der Einrichtung arbeiten folgende Fachbereiche in hoher Interdisziplinarität zusammen: Ergotherapie, Logopädie, Medizin, Musiktherapie, Psychologie, Psychotherapie, Sonderheilpädagogik und Sozialarbeit. Die Kinder erhalten entsprechende Mehrfachtherapien, die Eltern Anleitung und Beratung.

Wir haben darüber hinaus die Versorgungslandschaft in der Umgebung sondiert, entsprechend viele Vernetzungstreffen und am 11.11.2025 einen „Tag der offenen Tür“ abgehalten.

Im Herbst 2025 konnte die bestehende Kooperation zwischen dem Land Niederösterreich, Abteilung Kindergärten, sowie dem Autismuszentrum auf Wiener Neustadt ausgeweitet

werden. Das heißt, jene Kindergärten, in denen die Kinder aus dem Autismuszentrum sind, werden von uns standardisiert aufgesucht.

Im Gegensatz zu St. Pölten, wo das Autismuszentrum schon seit 10 Jahren etabliert ist, ist für Wiener Neustadt die Zuweisungsqualität noch deutlich verbesserbar. Von 45 Kindern, die mit Verdacht auf Autismus-Spektrum-Störung (ASS) zugewiesen wurden, konnte bei 15 die Diagnose nicht bestätigt werden. Ein erheblicher Teil der Kinder zeigte statt einer neurobiologischen Spektrumstörung die Symptomatik einer sozialen Deprivation, was u.a. auch der Anlass für das Thema der Jahrestagung 2026 der PKM ist, nämlich sich diesem „vergessenen“ Patient:innenkollektiv zu widmen.

Die Erfahrung zeigt, dass es durch ein spezialisiertes Zentrum, welches entsprechende Fortbildungen für alle Berufsgruppen anbietet (wir haben in St. Pölten allein über 400 Pädagog:innen fort- und weitergebildet), einen beträchtlichen Wissenszuwachs in der Umgebung gibt und damit auch die Zuweisungsqualität deutlich verbessert werden kann. Entsprechend werden wir auch in Wiener Neustadt tätig werden. Demnächst ist die Schulung der Stützkräfte (Schule, Kindergarten) in Wiener Neustadt geplant.

Über folgende Erfahrungen möchte ich noch berichten:

- Wir erleben äußerst erschöpfte Kindesmütter, nicht nur in Wiener Neustadt, sondern mittlerweile im gesamten Einzugsgebiet unserer Zentren, zum großen Teil geschuldet einer nur stundenweisen Teilhabe der Kinder mit Autismus im Kindergarten oder in der Schule.
- Es gibt viele Kinder, die nur ein bis zwei Stunden im Kindergarten oder in der Schule sein dürfen, was nicht nur die Kinder von entsprechender Bildung und sozialer Teilhabe fernhält, sondern auch für Eltern eine massive Belastung darstellt.
- Üblicherweise waren dies bislang eher Einzelfälle und es betraf vor allem Kinder mit sehr herausfordernden Verhaltensweisen, wie Beißen, Kratzen, Spucken und Schlagen. Mittlerweile sind darunter aus unserer Sicht auch wenig expansive Kinder. Im Moment scheint uns daher diese Maßnahme nahezu „inflationär“ gehandhabt zu werden. Zahlen liegen dazu nicht vor, sind auch der Bildungsdirektion scheinbar nicht bekannt, zumindest was die Schulen betrifft.

Spannenderweise sieht das Schulgesetz keine Reduktion von Stunden für einen Schüler oder eine Schülerin vor - nach Rücksprache mit der Bildungsdirektion schon gar nicht für einen längeren Zeitraum wie Monate bzw. ein ganzes Schuljahr, mit einigen Ausnahmen, die im Schulpflichtgesetz 1985 § 9 beschrieben sind. Bei einer bundesweiten Arbeitsgruppensitzung wird diese Vorgangsweise auch aus Wien und aus Salzburg berichtet, wobei in Salzburg immerhin medizinische Atteste für eine derartige Vorgangsweise gefordert werden.

In den Kindergärten wird dieser Umstand offensichtlich über die Fördervereinbarung bei Kindern mit Unterstützungsbedarf geregelt. Eltern stimmen damit zu, dass die Kinder den Kindergarten nicht besuchen dürfen, wenn die Stützkraft nicht verfügbar ist. Was in einem aktuellen Fall den ganzen Sommer der Fall war. Sonst werden die Stützkkräfte oft schon vor Mittag für andere Tätigkeiten herangezogen.

Im NÖ Kindergartengesetz 2006 findet sich dazu allerdings keine Grundlage bzw. darf auch dies, wie im Schulbereich, nur eine kurzfristige Maßnahme sein.

<https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=LrNO&Gesetzesnummer=20000776&FassungVom=2021-07-24>

Bei allem Respekt vor den Grenzen anderer Systeme, stellt dies in unserer Wahrnehmung eine Diskriminierung von Kindern mit Unterstützungsbedarf dar und widerspricht völlig dem Bildungsauftrag bzw. der Inklusion, auch wenn immer angeführt wird, dass man damit „nur auf die Kinder Rücksicht nimmt und impulsiven Durchbrüchen vorbeugt“.

Das dritte Phänomen kennen wir bereits gut aus St. Pölten: der boomende Markt der Paramedizin bzw. der nicht wirksamen Methoden. Dieser reicht von Hyperbarer Sauerstofftherapie (HBOT), Stammzellentherapie, Nahrungsergänzungsmitteln, Diäten bis zur Leucovorin-Therapie. Die Eltern geben hier sehr viel Geld aus und verschwenden wertvolle Zeit.

Ergänzend zum Thema „wirksame Therapieansätze bei ASS“ folgender Link:

<https://www.awmf.org/aktuelles/awmf-aktuell/autismus-spektrum-stoerungen-im-kindes-jugend-und-erwachsenenalter-teil-2-therapie>

Sonja Gobara

Obfrau der PKM

*Prim. der Autismuszentren Sonnenschein
St. Pölten und Wr. Neustadt*

Stress, Armut, Überforderung: Frühe Hilfen stabilisieren tausende Familien



Theresa Bengough

© R.Ettl

Die Frühe-Hilfen-Fachtagung am 2. Juni 2026 stand im Zeichen der Bedeutung früher Unterstützungssysteme für Familien in belasteten Lebenssituationen. Im Mittelpunkt standen die neurobiologische Wirksamkeit früher Interventionen, Fragen sozialer Chancengerechtigkeit, die interdisziplinäre und multiprofessionelle Kooperation sowie die Sensibilisierung des ärztlichen niedergelassenen Bereichs.

Alle Beiträge verdeutlichten, dass Frühe Hilfen ein evidenzbasiertes, wirksames und relevantes Angebot darstellen, das insbesondere vulnerable Familien erreicht und Verbesserungen in zentralen Lebensbereichen bewirken kann. Gleichzeitig wurde die Bedeutung einer stabilen Finanzierung, einer belastbaren Datengrundlage (insb. **FRÜDOK**) sowie der engen Vernetzung mit dem Gesundheits- und Sozialwesen hervorgehoben.

Seit dem flächendeckenden Ausbau der Frühen Hilfen im Herbst 2023 steigt die Nachfrage deutlich an. Die aktuellen Daten des Nationalen Zentrums Frühe Hilfen (NZFH.at) zeigen, dass sich die Zahl der Kontaktaufnahmen mit Frühe-Hilfen-Netzwerken gegenüber dem Jahr 2022 mehr als verdoppelt hat.

5.736-mal wurde im Jahr 2025 Kontakt mit den Frühen Hilfen aufgenommen. Davon wurden beinahe 2.900 Familien längerfristig begleitet und weitere rund 1.600 erhielten eine kurzfristige Unterstützung. Insgesamt, also mit Begleitungen, die schon 2024 oder früher begonnen hatten, wurden im Jahr 2025 fast 5.700 Familien begleitet.

Die Frühen Hilfen unterstützen Schwangere sowie Familien mit Kindern bis drei Jahren in belastenden Lebenssituationen. Familienbegleiter:innen begleiten Familien auf freiwilliger Basis und kostenlos. Sie beraten bei Belastungen im Alltag und helfen dabei, passende Unterstützung im Gesundheits- und Sozialbereich zu finden.

Besonders belastete Familien werden erreicht

Frühe Hilfen sind für alle Familien da, die mit Belastungen konfrontiert sind, und sie erreichen jene Familien besonders gut, die Unterstützung am dringendsten benötigen. Dazu zählen:

- Familien mit hoher psychosozialer Belastung,
 - armutsgefährdete Familien,
 - Ein-Eltern-Familien,
 - Familien mit Migrationserfahrungen sowie
 - Familien mit geringen Bildungsressourcen.
- Eine Analyse über den Zeitraum 2016-2024 zeigt deutlich: Gerade Familien mit sehr niedrigem Einkommen sind häufiger von Mehrfachbelastungen betroffen und verfügen über weniger soziale Ressourcen. Je größer die Belastungssituation, desto schwieriger ist es, gut auf die Bedürfnisse der Kinder einzugehen.

Verbesserungen bei Elternkompetenz und Eltern-Kind-Beziehung

Die häufigsten Verbesserungen nach abgeschlossener Begleitung zeigen sich bei:

- Elternkompetenz und Eltern-Kind-Beziehung (45,9 %),
- Alltag und Tagesstruktur (37,3 %),
- Zukunftsperspektiven (37,6 %) sowie
- Gesundheit (36,7 %) und sozialem Netz der Familien (30,2 %).

Gerade Familien mit sehr niedrigem Einkommen profitieren häufig in mehreren Lebensbereichen gleichzeitig – etwa bei der finanziellen Situation, der Versorgung der Kinder oder der Stabilisierung des Familienalltags.

Frühe Hilfen erreichen überdurchschnittlich häufig besonders belastete Familien und erfüllen damit ein zentrales präventives Ziel.

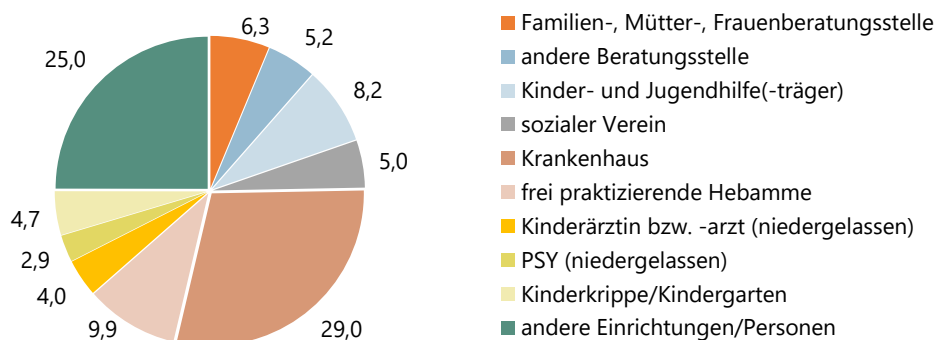
Vermittlung bleibt entscheidend

Damit Familien frühzeitig Unterstützung erhalten, ist die Vermittlung durch Gesundheits- und Sozialeinrichtungen zentral. Besonders häufig erfolgt der Erstkontakt über Krankenhäuser (29,0 %), Hebammen (9,9 %) sowie Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe (Abbildung).

Die Daten zeigen jedoch auch Unterschiede: Familien mit sehr niedrigem Einkommen melden sich seltener selbst bei den Frühen Hilfen und sind stärker auf vermittelnde Einrichtungen angewiesen.

Großes Potenzial besteht vor allem im niedergelassenen Bereich: Allgemeinmediziner:innen, Gynäkolog:innen und Kinderärzt:innen begleiten Familien oft über längere Zeiträume rund um Schwangerschaft, Geburt und frühe Kindheit und können Belastungen früh erkennen. Gleichzeitig zeigen die Daten, dass diese Berufsgruppen bislang selten an die Frühen Hilfen vermitteln. Eine stärkere Einbindung dieser Berufsgruppen gilt daher als wichtiger Hebel, um belastete Familien früher zu erreichen und Unterstützung rechtzeitig anzubieten.

Abbildung: Vermittlungen aus dem Gesundheits- und Sozialbereich



Quelle: FRÜDOK, Stand 20.03.2026

Frühe Belastungen können langfristige Folgen haben

Wissenschaftliche Erkenntnisse zeigen, dass Belastungen in Schwangerschaft und früher Kindheit die Entwicklung des kindlichen Gehirns nachhaltig beeinflussen können. Chronischer Stress, Armut oder belastende Beziehungserfahrungen wirken sich auf die Stressregulation, die emotionale Entwicklung und das Sicherheitsgefühl von Kindern aus.

Die Neurobiologin Nicole Strüber betont: „Wenn Eltern früh in ihren eigenen Ressourcen und in der Beziehung zu ihrem Kind gestärkt werden, erlebt das Kind häufiger Beruhigung, Vorhersehbarkeit und psychische Sicherheit.“

Frühe Unterstützung kann dazu beitragen, belastende Entwicklungen rechtzeitig abzufedern und Familien in einer besonders sensiblen Lebensphase zu stabilisieren. Frühe Hilfen stärken damit nicht nur die Gesundheit und Entwicklungschancen von Kindern, sondern leisten auch einen wichtigen Beitrag zu sozialer Chancengerechtigkeit.

Denn Belastungen, die früh erkannt und unterstützt werden, müssen sich nicht langfristig verfestigen. Gelingt frühe Unterstützung, können spätere gesundheitliche, psychosoziale und soziale Folgen reduziert werden.

Fazit

Die Frühe-Hilfen-Fachtagung 2026 hat eindrucksvoll gezeigt, dass Frühe Hilfen ein zentraler Baustein einer zukunftsorientierten Gesundheits- und Sozialpolitik sind.

Die Kombination aus wissenschaftlicher Evidenz, praktischer Erfahrung und politischer Unterstützung unterstreicht das große Potenzial dieses Ansatzes. Gleichzeitig wurde deutlich, dass die nachhaltige Weiterentwicklung vor allem von stabilen Rahmenbedingungen, funktionierender Kooperation und kontinuierlicher Qualitätssicherung abhängt.

Die Tagung leistete damit einen wichtigen Beitrag zur fachlichen Weiterentwicklung und zur gemeinsamen Positionierung der Frühen Hilfen als Schlüsselstrategie für Chancengerechtigkeit und gesunde Entwicklung von Kindern.

Theresa Bengough
Nationales Zentrum Frühe Hilfen (NZFH.at)
Gesundheit Österreich GmbH

Alle Quellen verfügbar unter: [Startseite](#) | [Nationales Zentrum Frühe Hilfen](#)



Einsichten



Irene Promussas
© Anja Grundböck

Würde. Macht. Hoffnung: Die Menschenrechtskonferenz

Vor zwei Jahren ging die Gründungskonferenz der Menschenrechtsallianz über die Bühne - eine riesige bunte Veranstaltung, die der engen globalen Vernetzung von Menschenrechter:innen aus allen möglichen Themenfeldern dienen sollte. Natürlich gab es noch Anfangsschwierigkeiten, wie nicht totale Barrierefreiheit, ein mangelndes Sicherheitskonzept und unvorhergesehene Zwischenrufe, vor allem der Pro-Gaza-Bewegung. Trotzdem war es der hoffnungsvolle Beginn neuer Allianzen.

Heuer feiert die Mutterorganisation, die Liga für Menschenrechte, ihren 100. Geburtstag, mit allen Brüchen und Auf- und Abs durch das kriegsgebeutelte 20. Jahrhundert. Die Erklärung der Menschenrechte 1948 entstand aus der Not heraus und aus einem gesellschaftlichen Konsens, der erkannte, dass es nach den Gräueln des Zweiten Weltkrieges eine absolute Grenze geben musste. Regelmäßig gibt die Liga für Menschenrechte den *Universal Periodic Review* heraus, eine Sammlung von menschenrechtlich bearbeiteten Feldern, die auch aufzeigen, wo es noch Baustellen in Österreich gibt. Leider sind es sehr viele, und die Ermahnungen aus Genf verhallen oft ungehört. Lobby4kids ist seit einigen Jahren an der Erstellung dieses Berichtes beteiligt und vertritt natürlich die inklusive Bildung von Kindern mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen. Wir wurden auch bereits einmal als besonders aktive Gruppe hervorgehoben.

Zurück zur noch jungen Menschenrechtsallianz: Die Autorin dieser Zeilen durfte heuer Mitorganisatorin der zweiten Konferenz in einem

kleinen, aber feinen Team sein. Die Arbeit daran erwies sich als ziemlich intensiv, da relativ spät begonnen wurde und ein nur sehr kleines Budget zur Verfügung stand. Beides schien letztendlich kein Hindernis zu sein: Tatsächlich nahmen sich 150 Menschen am Fenstertag nach Christi Himmelfahrt bei strahlend schönem Wetter neun Stunden lang Zeit, folgende Frage zu diskutieren: Wie gewinnen wir die Herzen der Menschen für ein gutes Leben für alle? Veranstaltungsort war die Central European University (CEU), die von George Soros gegründete internationale Privatuniversität, die unter Orban nach Wien emigrierte – was sich als Glücksfall für unsere Stadt erwies. Human Rights ist einer von vielen spannenden Masterlehrgängen, Unterrichtssprache ist Englisch. Das Sicherheitskonzept an der CEU ist per se schon streng und gut genug, was uns in der Planung einiges erleichterte.



CC-BY-NC 4.0: Menschenrechtskonferenz / Martin Ruiz Rueda
 Gruppenfoto Menschenrechtskonferenz

Dass das Thema Menschenrechte aktueller denn je ist, muss wohl angesichts weltweit erstarkender Rechter und multipler Kriegshandlungen nicht erklärt werden. Aber auch bei uns gibt es noch viel zu tun. Menschenrechtler:innen aus Ungarn wiesen uns darauf hin, dass man auf jeden Fall in Friedenszeiten und bevor Rechtspopulisten an die Macht kommen, Menschenrechte verteidigen und unantastbar machen muss. Sie sprachen aus Erfahrung, denn kaum war Orban an der Macht, ging nichts mehr bzw. ging alles Andere ganz schnell: Einschüchterungen, Entmachtung der Medien, Denunzierungen und vieles mehr standen plötzlich an der Tagesordnung. Glücklicherweise ist Ungarn nach 16 Jahren wieder auf einem anderen Weg, aber die Warnung wirkte.

Thematisiert wurde u.a. auch das „Ins Gespräch kommen“ mit anders Denkenden, vor allem mit den Unschlüssigen, die mit ihrer

politischen Meinung oft irgendwo dazwischen stehen. Ebenso behandelt wurde die rechtliche Durchsetzung von Menschenrechten, denn Recht haben allein genügt wohl nicht – es braucht und gibt Anwält:innen, die sich die Durchsetzung von Menschenrechten zur Lebensaufgabe gemacht haben.



© Walter Suntinger

Organisationsteam der Konferenz, in der Mitte Irene Promussas

Die Stimmung war erhebend, denn wer täglich Begriffe wie Menschenrechte und Inklusion verteidigen und erläutern muss, freut sich darüber, dass wir eigentlich viele sind. Und so lässt sich schwer, aber doch, auch aushalten, wenn Tage später auf einer Festveranstaltung der Liga für Menschenrechte eine österreichische Politikerin den unsäglichen Satz fallen lässt, dass „die Menschenrechtskonvention ein *living paper* und nicht in Stein gemeißelt sei“. NEIN, dem ist nicht so!! Abgesehen davon, dass wir heute so eine Konvention nicht mehr zusammenbringen würden, muss uns allen klar sein: Menschenrechte sind NICHT verhandelbar. Niemals.

Irene Promussas
 Obfrau Lobby4Kids
 Vorstandsmitglied der PKM



Nützliche Weblinks:

- Menschenrechtskonferenz
<https://menschenrechtskonferenz.at/startseite/>
- Liga für Menschenrechte
<https://liga.or.at/>
- Universal Periodic Review
<https://liga.or.at/universal-periodic-review-upr/>

Gefährdung des Kindeswohls am Beispiel des Wiener Amtes für Jugend und Familie



Christian Popow

© Bild vom Autor zur Verfügung gestellt

Trotz präventiver Hilfen und Unterstützung durch das Jugendamt bzw. die Kinder- und Jugendhilfe nimmt in Österreich die Anzahl der Kinder und Jugendlichen, die wegen Gefährdung des Kindeswohls oder Überforderung der familiären Strukturen fremduntergebracht werden, zu. Die Kinder- und Jugendhilfe selbst klagt über Personalmangel und -fluktuation. Nach Angaben der Kinder- und Jugendanwaltschaft Wien wurden 2016 (letzte verfügbare Daten) 13.646 Kinder und Jugendliche zeitweise oder dauerhaft außerhalb ihres Elternhauses betreut [1].

Die Fremdunterbringung setzt ein Verfahren voraus, das meist auf Grund von (auch anonymen) Meldungen über eine Gefährdung des Kindeswohls begonnen wird und nach einer aufwändigen Abklärung auf Basis eines von der Kinder- und Jugendhilfe angestrebten Beschlusses des Familien- und Jugendgerichts umgesetzt wird. Dies führt zunächst zu einer Aufnahme in einem Krisenzentrum und, wenn sich die Gefährdung nicht anders abwenden lässt, nach maximal sechs Wochen zu einer Unterbringung in einer Wohngemeinschaft. Gerücheweise wird diese Entscheidung, die bei Gewalt, Missbrauch und/oder Vernachlässigung natürlich sinnvoll ist, in etwa der Hälfte der Fälle auf Grund von „mangelnder Kooperation“ der Familien mit der Kinder- und Jugendhilfe getroffen, wobei die Androhung der Fremdunterbringung als Druckmittel verwendet wird.

Wie aus mehrfacher eigener Erfahrung bekannt, wird die „sorgfältige Abklärung“ – vor allem in Wien auf Grund von Personalmangel – oft nur rudimentär durchgeführt.

Gleichzeitig werden medizinische Hintergründe, z.B. bei Schulverweigerung in Folge des Flexibilitätsmangels autistischer Kinder, Sozialer Angststörung, Trennungsangst oder einer vorübergehenden Beeinträchtigung der Bezugsperson, z.B. nach Schlaganfall mit erfolgreicher Rehabilitation, trotz medizinischer Gegenargumentation nicht als Gründe gegen eine Fremdunterbringung anerkannt. Die Entscheidung zur Fremdunterbringung erfolgt dann auch ohne Rücksicht auf vorausgehende elterliche Anstrengungen zur Problemlösung und ohne entsprechende medizinische Beratung.

Die hoheitlichen Rechte der Kinder- und Jugendhilfe zum Eingriff in Kinderrechte (z.B. in der Familie aufzuwachsen) werden vom Familien- und Jugendgericht, das sich in der Regel an die Begründung der Kinder- und Jugendhilfe hält, bestätigt, sodass es kaum möglich ist, gegen diese Entscheidung anzukämpfen. Auch die Kinder- und Jugendanwaltschaft ist in einer solchen Situation keine Hilfe. Die Fremdunterbringung führt häufig und insbesondere bei psychisch kranken und/oder jungen Kindern zu einer schweren Traumatisierung und einer großen Belastung der Familien, da diese ohne entsprechende Vorbereitung oder medizinisch-psychologische Unterstützung gewaltsam von ihren für sie wichtigen Bezugspersonen getrennt werden.



Um auf diese Situation aufmerksam zu machen, habe ich rezent einen Artikel in der Fachzeitschrift „Pädiatrie & Pädologie“ publiziert [2], in dem ich

- die Fremdunterbringung in Fällen von Gewalt, Missbrauch und/oder Vernachlässigung auch als Notmaßnahme außer Streit gestellt habe,

- die Fremdunterbringung in medizinisch begründeten Fällen nur als Notmaßnahme auf Antrag der medizinisch besetzten Einrichtung, wenn die medizinische Behandlung – wegen fehlender elterlicher Unterstützung – erfolglos verläuft und die Fremdunterbringung durch ein ordentliches Gerichtsverfahren mit einem eigenen, unabhängigen und von Amts wegen bestellten Kinder- und Jugendanwalt als gerechtfertigt bestätigt wird.

Dieses Vorgehen würde die Anzahl unnötiger Fremdunterbringungen als auch kindlicher und elterlicher Traumatisierungen deutlich verringern. Bei den oben genannten Indikationen ist die ambulante, teilstationäre oder stationäre Behandlung in der Regel erfolgreich. Abgesehen davon besteht ohnehin ein Mangel an geeigneten Fremdunterbringungsplätzen. Gleichzeitig würde auch das für die Familienberatung notwendige Vertrauensverhältnis zwischen Familie und Kinder- und Jugendhilfe gestärkt werden, wenn letztere nicht gleichzeitig als Berater und als die Fremdunterbringung durchführendes Organ fungiert. Kooperationen, z.B. mit der Caritas, die Abklärungswohnen im Haus Luise in Wien 15 oder die Familienhilfe LoA (Lebensorientierte Abklärung) [3] anbietet, sind ebenfalls Alternativen gegen „husch-husch“ Maßnahmen, die aus meiner Sicht viel zu häufig angewandt werden. Mehr dazu im „Pädiatrie & Pädologie“ Artikel [2], der von der MA11 übrigens vollkommen ignoriert wurde.

Christian Popow
Vorstandsmitglied der PKM

[1] Kinder- und Jugendanwaltschaft Wien, [Sonderbericht: Rechte von Kindern in der Fremdunterbringung - KJJA Wien](#)

[2] Popow C. (2026). Gefährdung des Kindeswohls am Beispiel des Wiener Amts für Jugend und Familie. *Pädiatrie & Pädologie* 61: 54-59.
<https://link.springer.com/article/10.1007/s00608-026-01365-6>

[3] Caritas Wien und NÖ-Ost, [Haus Luise : Caritas Wien](#); [Familienhilfe im Auftrag der Kinder- und Jugendhilfe : Caritas Wien](#)

Empfehlungen

Buchempfehlung



Dieses Buch darf ich unseren Leser:innen aus mehreren Gründen besonders ans Herz legen: Zugegeben, es ist nicht alltäglich, dass jemand aus dem innersten Kreis der Politischen Kindermedizin ein Buch herausgibt – die Autorin Irgard Himmelbauer ist seit vielen Jahren Mitglied des Vorstands der PKM und ihrem Beruf als Ergotherapeutin in freier Praxis entsprechend seit langer Zeit zuständig für unseren Schwerpunkt kostenfreie Therapien. Das wäre zwar Grund genug für eine Empfehlung in unserem Newsletter, tatsächlich ist ihr im April erschienener Ratgeber aber eine hoch aktuelle und für viele potenzielle Lesergruppen sehr hilfreiche Publikation.

Basierend auf einer breiten Ausbildung und ihrer jahrzehntelangen Erfahrung ist Himmelbauer ein wichtiger Beitrag für die Betreuung und Förderung von Kindern aus dem Autismusspektrum gelungen, was in einem Umfeld mit vielerorts mangelndem Wissen, verzögerten Diagnosen und vor allem fehlenden Behandlungs- und Betreuungsplätzen besonders wichtig erscheint.

Das Buch gliedert sich in 2 Teile:

- im ersten Teil wird in auch für Eltern und andere nicht medizinisch vorgebildete Betreuungspersonen klarer und nachvollziehbarer Sprache Grundwissen und Verständnis für die spezifische Wahrnehmungswelt und deren Auswirkungen auf das Verhalten und die sozialen Interaktionen von Kindern mit ASS vermittelt.

- Im zweiten Teil findet man eine Fülle von konkreten spielerischen Handlungsempfehlungen, die zur Förderung der Kinder und die Verbesserung der jeweiligen Entwicklungsprobleme beitragen können.

Irmgard Himmelbauer unterstützt so nicht nur betroffene Kinder, sondern besonders auch Eltern, die in der Begleitung ihrer Kinder viel zu oft alleine gelassen und mit diesem Ratgeber in ihrer Rolle gestärkt werden.

Das Buch wendet sich an Eltern und alle anderen Betreuer:innen von Kindern mit einer ASS v.a. im Vorschulalter, auch an Personen mit medizinischer und/oder therapeutischer Vorbildung.

Das Buch ist im Thieme-Verlag auch als E-book erschienen und über die gängigen Kanäle bestellbar:

<https://www.isbn.de/buch/9783432121192/kinder-im-autismus-spektrum-durch-spielen-foerdern>

Ein Interview mit Irmgard Himmelbauer zu ihrem Buch finden Sie unter:

https://www.paradiso.de/g/Natuerlich_gesund/Kinder-im-Autismus-Spektrum-durch-Spielen-fordern-12XMLb6W6MlbrE7wHGOVrt

Rudolf Püspök

Impressum / Offenlegung (§§ 24,25 MedienG)
Medieninhaber und Herausgeber Verein Politische Kindermedizin, 3100 St. Pölten, Defreggerstr. 6/17
E-Mail: office@polkm.org
Homepage: www.polkm.org
Für Inhalt und Zusammenstellung verantwortlich:
Dr. Rosemarie Felder-Puig, Prim.^a Dr. Sonja Gobara und
Dr. Rudolf Püspök
Weitere Beiträge in Verantwortung der jeweiligen Autorinnen und Autoren.
Fotos: © Copyright ist bei den jeweiligen Fotos angegeben
Erklärung über die grundlegende Richtung im Sinne des § 25 Abs 4 MedienG:
Der Newsletter der Politischen Kindermedizin unterstützt die Umsetzung der statutarischen Vereinszwecke, insbesondere die Punkte

- Stärkung des Bewusstseins für die gesellschaftliche Verantwortung in der Kindermedizin und
- Aufzeigen und Veröffentlichen von Defiziten und deren Ursachen in der medizinischen Versorgung von Kindern und Jugendlichen, siehe auch <https://www.polkm.org/images/daten/statuten.pdf>

Kontakt, Informationsaustausch oder Beendigung der Zusage unter office@polkm.org